



Index	Last	Change (net/%)		Prev.	Index	Last	Change (net/%)		Prev.
DAX	13761,38	-28,91	-0,21	13790,29	DJ 30	30335,67	-68,30	-0,22	30403,97
MDAX	30912,39	256,70	0,84	30655,69	NASDAQ Cp	12843,49	4,63	0,04	12838,86
TEC DAX	3230,71	9,57	0,30	3221,14	Nikkei 225*	27490,53	-77,62	-0,28	27568,15
EuroStoxx50	3581,37	5,96	0,17	3575,41	Hang Seng*	26978,88	410,39	1,54	26568,49
Bund Future	177,7	0,00	0,00	177,7	Euro/US \$	1,2289	0,00	0,33	1,2249
Gold in \$*	1882,19	4,01	0,21	1878,18	Öl (Brent) \$*	51,28	0,19	0,37	51,09

\*Daten von circa 06:00

Vorbörsliche Indikationen (07:00)				
DAX Indikation	13.755	-6	S&P Future	n/a
			NASDAQ Future	+43

Aktie	Parität in €	Change € %		Schlusskurs Xetra in €	Schlusskurs NYSE in \$	Volumen NYSE
SAP AG	105,75	-1,05	-0,98%	106,80	129,95	1.058.540
Nokia OJ	3,20	-0,01	-0,37%	3,21	3,93	19.875.440

Unternehmenstermine (u.a.)						
Unternehmen	Ric	Anlass	Zeit	Gewinn/Verl. <sup>1</sup>	Umsatz <sup>1</sup>	EPS <sup>1</sup>
Heute keine wichtigen Unternehmenstermine						

<sup>1</sup> Consensus Schätzungen; Source: vwd/Bloomberg, wenn nicht andere angegeben ist; <sup>2</sup> Reuters: Umfrage; <sup>3</sup> gemäß Unternehmensangabe; <sup>4</sup> Reuters/Multex; <sup>5</sup> sonstige

Konjunkturtermine (u.a.)				
Land	Indikator	Monat	Uhrzeit	Schätzung
USA	Lagerbestände im Großhandel (m/m), vorab	November	14:30	0,7% (1,1%)
USA	Vorausbericht Handelsbilanz	November	14:30	-81,5 (-80,3) Mrd \$
USA	Einkaufsmanagerindex Chicago	Dezember	15:45	56,5 (58,2)
USA	Schwebende Hausverkäufe (m/m)	November	16:00	0,1% (-1,1%)
USA	Schwebende Hausverkäufe (y/y), nsb	November	16:00	21% (19,5%)
USA	EIA Ölbericht	Vorwoche	16:30	n/a

<sup>1</sup> Consensus Schätzungen; Source: vwd/Bloomberg, wenn nicht andere angegeben ist; <sup>2</sup> CBS MarketWatch; <sup>3</sup> Börsenzeitung; <sup>4</sup> Handelsblatt; <sup>5</sup> FT; <sup>6</sup> Barron's

Wall Street Schlussbericht				
Volumen NYSE:		0,76 (0,64)	Volumen NASDAQ:	4,59 (1,78)
10-jährige Bonds:	-0,0313	y 0,93 %	30-jährige Bonds:	-0,1406 y 1,67 %

**Nach einer Rekordjagd** haben die US-Börsen **Federn gelassen** und sind ins Minus gedreht. Der US-Standardwerteindex Dow Jones schloss am Dienstag 0,2 Prozent tiefer auf 30.335 Punkten. Der technologielastige Nasdaq gab 0,4 Prozent auf 12.850 Punkte nach. Der breit gefasste S&P 500 büßte 0,2 Prozent auf 3727 Punkte ein. Alle drei Marktbarometer hatten im frühen Handel neue Bestmarken erreicht.

Die **Aussicht auf staatliche und geldpolitische Hilfen** zur Überwindung der Coronavirus-Pandemie habe die Börsen zunächst angetrieben, sagte Naeem Aslam, Chef-Marktanalyst des Brokerhauses AvaTrade. Ebenfalls Unterstützung erhielt die Wall Street von der Zustimmung des US-Repräsentantenhauses für die von Präsident Donald Trump geforderte **Erhöhung der Einmalzahlungen für Arbeitslose**. Es sei aber unwahrscheinlich, dass der republikanisch dominierte Senat der Aufstockung zustimmen werde, warnte Aslam.

Dank der **angelaufenen Massenimpfungen** gegen das Coronavirus blickten Investoren allerdings optimistisch in die Zukunft, sagte Analyst Christian Henke vom Brokerhaus IG. "Das Ende des Tunnels rückt zunehmend näher." In dieses Bild passten Spekulationen auf eine baldige Zulassung des Coronavirus-Impfstoffs von AstraZeneca. Die in den USA notierten Aktien des Pharmakonzerns stiegen um rund ein Prozent.

Mit einem moderaten Plus von 0,1 Prozent präsentierten sich die Titel von **Boeing**. Nach rund eineinhalb Jahren eines weltweiten Flugverbots hob in den USA im Tagesverlauf erstmals wieder eine Maschine des Typs 737 MAX ab. Der Flieger war nach zwei Abstürzen aus dem Verkehr gezogen worden.

Die Titel von dem Betreiber des Messengerdienstes Snapchat, **Snap**, verteuerten sich um 6,2 Prozent, nachdem die Bank Goldman Sachs ihr Kursziel erhöht hatte.



Ebenfalls auf den Einkaufslisten stand **Intel** mit einem Kursplus von fast fünf Prozent. Der aktivistische Hedgefonds Third Point, der auch Intel-Aktionär ist, verlangt von dem weltgrößten Chiphersteller, dass dieser strategische Alternativen prüfe.

Der allgemeine Konjunkturoptimismus spiegelte sich auch am Rohstoffmarkt wider. Die US-Ölsorte **WTI** verteuerte sich um 0,8 Prozent auf 48,0 Dollar je Barrel (159 Liter).

Unterdessen schürten die Spekulationen auf zusätzliche staatliche US-Hilfspakete die Furcht vor einer anziehenden Inflation. Dies drückte den **Dollar-Index**, der den Kurs zu wichtigen Währungen widerspiegelt, 0,4 Prozent ins Minus. Hiervon profitierte **Gold**, da es für Investoren außerhalb der USA attraktiver wurde. Es verteuerte sich um 0,3 Prozent auf 1877 Dollar je Feinunze (31,1 Gramm). Der Preis für das Edelmetall könnte aber schon bald wieder unter Druck geraten, warnte Anlagestrategie Ilya Spivak vom Online-Broker DailyFX. "Die US-Notenbank Fed hat nur wenig Raum für eine weitere Lockerung der Geldpolitik und bei einer Verbesserung der Konjunkturaussichten könnte es im nächsten Jahr zumindest eine Diskussion über eine Straffung geben."

## Marktmeldungen

An der **Deutschen Börse** sowie der **Wiener Börse** findet heute ein **verkürzter Handel** (bis 14:00 Uhr) statt.

Am morgigen **Donnerstag**, den 31.12.2020 ist "*Silvester*"

Die Börsen in **Frankfurt, Prag, Tokio, Wien, Moskau** und **Zürich** bleiben **geschlossen**.

Ein **verkürzter Handel** findet wie folgt statt: in **Budapest** (bis 12.00 Uhr MEZ), **Mailand** (bis 12.30 Uhr MEZ), **London, Warschau** (bis 13.30 Uhr MEZ), **Madrid** (bis 14.00 Uhr MEZ), **Paris, Amsterdam** und **Luxembourg** (bis 14.05 Uhr MEZ).

Die Börse in **New York** ist geöffnet, **US-Anleihenmarkt** (bis 20.00 Uhr MEZ)

Am kommenden **Freitag**, den 01.01.2021, bleiben die **Börsen weltweit** aufgrund des **Feiertags** „*Neujahr*“ geschlossen.

***Mit 2020 geht ein ereignisreiches, turbulentes und in vieler Hinsicht herausforderndes Jahr zu Ende. Möge uns das Neue Jahr ein wenig mehr Entspannung und Erleichterung bescheren.***

***Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern einen „guten Rutsch“ in’s Neue Jahr – passen Sie gut auf sich auf - und für das kommende 2021 wünschen wir Ihnen allem voran viel Gesundheit, alles Gute, Glück Zufriedenheit und Erfolg!***

Die Zahl der vom Robert-Koch-Institut für **Deutschland** gemeldeten Todesfälle in Verbindung mit dem Coronavirus hat erstmals die Schwelle von 1000 überschritten. Binnen 24 Stunden wurden 1129 **weitere Todesfälle** übermittelt und damit ein neuer Höchstwert verzeichnet, wie aus den RKI-Daten am Mittwoch hervorging. Die Zahl der Menschen, die in Deutschland an oder mit dem Virus gestorben sind, erhöhte sich damit auf 32.107. Zudem wurden 22.459 **Neuinfektionen** gemeldet. Das sind rund 2300 Fälle weniger als am Mittwoch voriger Woche, als zugleich der bisherige Höchststand bei den Todesfällen von 962 verzeichnet worden war. Über Weihnachten und zum Jahreswechsel sind die Infektionszahlen aber nur bedingt vergleichbar, da weniger getestet wird und weniger Daten von den Gesundheitsämtern übermittelt werden. Die **Sieben-Tage-Inzidenz** sinkt dem RKI zufolge auf 141,3 von 149,2 am Vortag (Reuters).

**Bundesgesundheitsminister** Jens Spahn stimmt die Bevölkerung darauf ein, dass die umfassenden **staatlichen Corona-Beschränkungen** auch nach Ablauf der Frist am 10. Januar zumindest teilweise verlängert werden. Bei der Eindämmung der Pandemie sei Deutschland "bei weitem noch nicht da, wo wir hin müssen", sagte der CDU-Politiker am Dienstag in den *ARD-"Tagesthemen"*. Deshalb werde es nach dem 10. Januar "ohne Zweifel Maßnahmen geben". In welchem Umfang, müsten dann Anfang Januar Bund und Länder entscheiden.

**Bundesgesundheitsminister** Jens Spahn geht davon aus, dass sich jeder in Deutschland "Richtung Sommer" impfen lassen kann. Dies hänge davon ab, ob die Impfstoffe weiterer Unternehmen wie Johnson & Johnson, AstraZeneca und CureVac zugelassen würden, sagt er *Bild Live*.



**Ärztepräsident** Klaus Reinhardt fordert die Bundesregierung und Länderchefs auf, bei der Entscheidung über eine Verlängerung des harten **Lockdowns** die Zielmarke von 50 **Neuinfektionen** je 100.000 Einwohner pro Woche zu überdenken. "Ob wir uns strikt an der Inzidenz von 50 orientieren, muss man mit Blick auf andere wichtige Faktoren, wie zum Beispiel die psychosozialen Folgen der Schulschließungen, genau abwägen", sagt Reinhardt dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (RND). Es sei eine Langfriststrategie zum Schutz der besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen nötig.

**Großbritannien** meldet den zweiten Tag in Folge einen **Rekord bei der Zahl der Neuinfektionen**: Diese steigt auf 53.135 nach 41.385 am Montag. Die **Zahl der neuen Todesfälle** liegt mit 414 auch höher, hier wurden am Vortag 357 verzeichnet. Die Gesundheitsbehörde Public Health England nennt die Entwicklung "extrem besorgniserregend" (Reuters).

Eine **konservative Pro-Brexit-Gruppe** von britischen Abgeordneten hat dem neuen **Handelsvertrag mit der EU** ihren Segen erteilt. Die European Research Group (ERG) erklärte am Dienstag, das Abkommen schütze die Souveränität des Königreiches und respektiere die Normen für zwischenstaatliche Vereinbarungen. Das britische Parlament soll am Mittwoch über die Vereinbarung abstimmen, die Premierminister Boris Johnson und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an Heiligabend verkündet hatten. Da die oppositionelle Labour-Partei den Vertrag unterstützt, dürften die Stimmen der ERG-Anhänger unter Johnsons Konservativen nicht entscheidend sein (Reuters).

**Frankreich** will wegen steigender Corona-Zahlen eine **Verschärfung der abendlichen Ausgangssperren** in besonders betroffenen Gebieten. Man werde dort für Anfang Januar eine Ausgangssperre ab 18 Uhr vorschlagen, kündigte Gesundheitsminister Olivier Véran am Dienstagabend im TV-Sender *France 2* an. Derzeit gilt landesweit eine solche Ausgangssperre - in Frankreich couvre-feu genannt - ab 20 Uhr. Die Menschen dürfen dann nur mit triftigem Grund das Haus verlassen - einfache Spaziergänge, einkaufen oder Sport gehören nicht dazu (dpa/AFX).

**Irland** meldet einen **Rekordanstieg der Neuinfektionen**: Das Land mit etwa 4,9 Millionen Einwohnern gibt 1546 Fälle bekannt. Der bisherige Rekord war am Samstag mit 1296 Neuinfektionen verzeichnet worden. Die Regierung will am Mittwoch über strengere Maßnahmen beraten (Reuters).

**Dänemark** verlängert den **Lockdown** um zwei Wochen bis zum 17. Januar. Die Situation sei noch ernster als im Frühjahr, sagt Ministerpräsidentin Mette Frederiksen. Das Land mit 5,8 Millionen Menschen hatte zuvor 2621 **Neuinfektionen** gemeldet und erklärt, die Zahl der Krankenhausbetten für Covid-Fälle sei beinahe erschöpft (Reuters).

**Lettlands Regierung** will den noch bis zum 11. Januar wegen der Coronavirus-Pandemie ausgerufenen **Notstand** verlängern und **nächtliche Ausgangssperren** über den Jahreswechsel verhängen. Das Kabinett in Riga einigte sich am Dienstag in einer Sitzung mit dem Corona-Krisenstab auf eine weitere Verlängerung des Ausnahmezustands bis zum 6. Februar. Weiter sollen die Bürger von 30. Dezember bis zum 4. Januar und am 8. und 9. Januar ihre Wohnung von 22 Uhr abends bis 5 Uhr morgens nicht verlassen dürfen. Die endgültige Entscheidung über die geplanten Beschränkungen soll auf der Regierungssitzung am Mittwoch getroffen werden, teilte die Staatskanzlei in Riga mit (dpa/AFX).

Die **US-Seuchenbehörde** CDC gibt 176.974 **Neuinfektionen** bekannt und damit insgesamt mehr als 19,2 Millionen bekannte Fälle. Zudem wurden 1783 **weitere Todesfälle** verzeichnet, damit in der Summe 334.029 (Reuters).

Eine zuerst in Großbritannien beschriebene **ansteckendere Variante des Corona-Virus** ist nun auch in den **USA** nachgewiesen worden. Der Gouverneur von Colorado, Jared Polis, gibt einen Fall bekannt. Es ist der erste seiner Art in den USA (Reuters).

Der US-Bundesstaat **Kalifornien** verlängert wegen der drohenden Überlastung der Krankenhäuser den **Lockdown** auf unbestimmte Zeit. "Wir könnten Anfang Januar das Schlimmste sehen", sagt der kalifornische Gesundheitsminister Dr. Mark Ghalyer. "Und die meisten Krankenhausleiter, mit denen ich in Südkalifornien gesprochen habe, machen sich genau darauf gefasst." (Reuters).



Der **designierte US-Präsident** Joe Biden kündigt die **Nutzung eines Rüstungsgesetzes** an, um den **Kampf gegen die Pandemie** voranzutreiben. Er werde nach seiner Vereidigung auf das Defense Production Act für die Verteilung des Impfstoffes und andere Maßnahmen zurückgreifen, sagt Biden. Die USA fielen bei der Impfung hinter den Erwartungen zurück: Es seien bislang etwa zwei Millionen Bürger geimpft worden, während Amtsinhaber Donald Trump bis Jahresende 20 Millionen Geimpfte versprochen habe (Reuters).

Die **Republikaner im US-Senat** haben am Dienstag zunächst offengelassen, ob sie höheren **Corona-Hilfen für US-Bürger** zustimmen werden. Die Kongresskammer werde "in dieser Woche damit beginnen, den Fokus zu legen" auf diese und zwei weitere Themen, kündigte Mehrheitsführer Mitch McConnell an. Er blockierte einen Vorstoß der Demokraten, die Aufstockung sofort einstimmig zu beschließen (Reuters).

**US-Finanzminister** Steven Mnuchin kündigt die **Auszahlung der Coronahilfen für US-Bürger** per Überweisung ab Dienstagabend (Ortszeit) an. Am Mittwoch werde mit der Versendung von Schecks begonnen, schreibt Mnuchin auf *Twitter* (Reuters).

## Automobiles & Parts

Der italienisch-amerikanische Autohersteller **Fiat Chrysler** will nach Angaben des polnischen Vize-Ministerpräsidenten Jaroslaw Gowin rund 166 Millionen Euro (755 Millionen Zloty) in sein Werk im südpolnischen Tychy investieren. "Moderne, Hybrid- und Elektroautos der Marken Jeep, Fiat und Alfa Romeo werden 2022 in Tychy vom Band laufen", erklärte Gowin auf dem Kurznachrichtendienst *Twitter*. Fiat Chrysler bestätigte, dass diese Modelle in Tychy gebaut werden sollen. Ziel sei, die Massenproduktion eines ersten Modells in der zweiten Jahreshälfte 2022 zu beginnen, teilte der Konzern mit (Reuters).

## Banks

In **Spaniens Bankenbranche** steht der nächste Zusammenschluss an: **Unicaja** kauft den Wettbewerber **Liberbank**, finanziert wird der Deal nur durch Aktien. Das teilte Unicaja am Dienstagabend mit. Unicaja legt eine Aktie für 2,7705 Liberbank-Papiere hin. Um sich den Zukauf leisten zu können, will die Unicaja Aktien für bis zu 1,08 Milliarden Euro an den Markt bringen. Unicaja wird mit 1,12 Milliarden Euro bewertet, Liberbank mit 0,81 Milliarden Euro (dpa/AFX).

## Health Care

Die **Europäische Impfstoffbehörde** (EMA) rechnet mit einem baldigen Antrag des Impfstoff-Herstellers **BioNTech** für die Zulassung der Entnahme von sechs **Impfeinheiten** pro Ampulle. "Das Unternehmen hat angekündigt, in den nächsten Tagen einen Antrag auf Änderung zu stellen, der vom Ausschuss für Humanarzneimittel (CHMP) rasch geprüft wird. Wenn der CHMP feststellt, dass sechs Dosen zuverlässig extrahiert werden können, wird er eine Änderung der aktuellen Bedingungen der Genehmigung empfehlen, um die Mitgliedstaaten bei der Einführung des Impfstoffs zu unterstützen", erklärt eine EMA-Sprecherin der Zeitung *"Bild"*.

Der australische Medizindiagnostik-Konzern **Universal Biosensors** will mit Hilfe des deutschen Pharma- und Agrarchemieunternehmens **Bayer** die Labordienstleistungen seiner kanadischen Tochtergesellschaft Hemostasis Reference Laboratory (HRL) ausbauen. "Wir setzen bei HRL auf Wachstum und wollen den Kundenstamm im Laufe der Zeit erweitern. Der Vertrag mit Bayer ist ein wichtiger erster Schritt", sagte Unternehmenschef John Sharman am späten Dienstagabend. Bayer stelle über einen vereinbarten Zeitraum bestimmte Laborleistungen für die Analyse biologischer Proben. HRL rechne mit einem zusätzlichen Umsatz von 1,3 Millionen CAD (umgerechnet rund 827 Millionen EUR). Weitere Einzelheiten zum Vertrag wurden zunächst nicht bekannt (Reuters).

## Oil & Gas

**Uniper**-Chef Andreas Schierenbeck erwartet nach den jüngsten Fortschritten den raschen Fertigbau der Pipeline **Nord Stream 2**. "Es fehlen nur noch rund 150 Kilometer. Ich gehe davon aus, dass Nord Stream die Pipeline nun zu Ende baut", sagte Schierenbeck der *"Rheinischen Post"*. Zugleich setzt er auf den neuen US-Präsidenten: "Ich habe die Hoffnung, dass das transatlantische Verhältnis wieder eine echte Partnerschaft wird." Man sei mit den relevanten Stellen im Austausch.





## Utilities

Der Energiekonzern **Uniper** will bis 2038 am umstrittenen Steinkohlekraftwerk Datteln festhalten. "Datteln wird das letzte Kohlekraftwerk sein, das in Deutschland vom Netz geht. Wir wollen Datteln bis 2038 laufen lassen", sagte Uniper-Chef Andreas Schierenbeck der *"Rheinischen Post"*. "Das ist in jeder Hinsicht sinnvoll, weil Datteln 4 viel CO2 einspart und ältere schmutzige Kraftwerke an seiner Stelle vorzeitig abgestellt werden können."



## Kontakte Steubing AG

### Morning News:

Alexander Dietzer  
+49 (0) 69 29716 149  
alexander.dietzer@steubing.com

### Institutionelle Kundenbetreuung:

Holger Gerwalt                      Michael Heidn  
+49 (0) 69 29716 176      +49 (0) 69 29716 131  
Wolfgang Schroth  
+49 (0) 69 29716 144

### Advisory and Structured Products:

Adrian Peter Hurler  
+49 (0) 69 29716 158  
adrian.hurler@steubing.com

**Steubing AG**  
**Goethestraße 29**  
**60313 Frankfurt a. M.**  
**Tel.: +49 (0) 69 29716 0**  
**Fax: +49 (0) 69 29716 111**  
**info@steubing.com**  
**www.steubing.com**

### Haftungsausschluss:

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Steubing AG erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

©Steubing AG/Alle Rechte vorbehalten.

### Zuständige Aufsichtsbehörde:

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)  
Graurheindorferstraße 108  
53117 Bonn  
Deutschland

und

Marie-Curie-Str. 24-28  
60439 Frankfurt  
Deutschland